

München, 17.08.2015

SPD fordert mehr Geld für Frauenhäuser

Staatliche Förderung wurde in 20 Jahren nur einmal erhöht - Häusliche Gewalt hat stark zugenommen - Flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern notwendig

Die Frauensprecherinnen der SPD-Landtagsfraktion, **Dr. Simone Strohmayr** und **Ruth Müller**, wollen die Erhöhung der staatlichen Zuschüsse für bayerische Frauenhäuser erreichen. Die Fördersätze sind in den letzten 20 Jahren nur einmal gestiegen. "Der Bedarf ist aber ganz klar gegeben. Ich hoffe sehr, dass das Sozialministerium nicht nur Studien in Auftrag gibt, sondern auch handelt", erklärt Fraktionsvizin Strohmayr. Die Fälle häuslicher Gewalt sind nämlich von 13.000 gemeldeten Fällen im Jahr 2005 auf 19.000 im Jahr 2013 gestiegen. "Die Frauenhäuser versuchen, dem Mangel mit Improvisation zu begegnen, aber das kann kein Dauerzustand sein", unterstreicht Müller. In Bayern gibt es 38 Frauenhäuser, die im Jahr 2013 zusammen 950 000 Euro an Zuschüssen bekommen haben.

Die SPD-Landtagsfraktion hat im Rahmen einer Sommertour Frauenhäuser in ganz Bayern besucht, unter anderem in Selb, Coburg, Aschaffenburg, Erlangen und Landshut. Dabei stellten die Frauenpolitikerinnen einige neue Herausforderungen für die Einrichtungen fest: Zum einen hat die Verweildauer stark zugenommen, vor allem, weil alleinstehende Frauen mit Kindern nur sehr schwer eine eigene Wohnung finden. Es müsse daher auch darum gehen, geeigneten Wohnraum für diese Personengruppe zu schaffen.

Die Zufluchtshäuser wollen für alle Betroffenen da sein, auch für Frauen mit einer Behinderung. Das bedeutet, dass sie sich bemühen, barrierefrei zu werden. Zunehmend suchen auch Frauen über 60 Jahren Schutz vor ihrem prügelnden Ehemann. Sie haben es wegen ihres Alters besonders schwer, ein neues Leben aufzubauen, wenn sie sich trennen. Einen besonderen Beratungsbedarf haben hingegen Flüchtlingsfrauen, die sich an ein Frauenhaus wenden können, wenn sie anerkannt sind. Sie haben oft vielfache Gewalterfahrung gemacht und müssen auch noch Sprachbarrieren überwinden.

Strohmayr und Müller fordern schließlich eine flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern im Bayern. Weil die Bereitstellung von Schutz- und Hilfsangeboten für gewaltbetroffene Frauen zunächst eine Aufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte ist, hängt es sehr vom Interesse und der Finanzkraft einer Kommune ab, ob es eine Zufluchtsstelle für Frauen gibt oder nicht.